

Die Linke

Niddatal

Global denken Lokal handeln!

Laut Bundes-Klimaschutzgesetz muss Deutschland den Ausstoß von Treibhausgasen schrittweise verringern. Das Ziel: Klimaneutralität.

In den Jahren 1990 bis 2030 sollen 65% der Treibhausgasemissionen eingespart werden, 88% bis 2040 und 100% bis 2045.

Dabei kommt insbesondere den Städten und Gemeinden eine zentrale Rolle zu. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 24. März 2021 das verfassungsrechtliche Klimaschutzziel des Art. 22a GG konkretisiert und Maßnahmen eingefordert.

Weiter auf Seite 2



iStock - 117970783

Der Niddataler Wärmeplan

Vorgeschichte

Die Linke in Niddatal hatte am 10. März 2026 angefragt, ob es bereits Pläne für die Erstellung eines Wärmeplanes gebe. Darüber hinaus wollten wir wissen, ob es Überlegungen zu gemeinschaftlichen Geothermieranlagen gibt. Und ob schon infrastrukturelle Voraussetzungen für ein Fernwärmenetz angedacht sind. Der Bürgermeister antwortete, dass die Erstellung eines Wärmeplanes in einer so kleinen Kommune wie Niddatal gar nicht notwendig sei. Kurz darauf meldete er sich aber noch einmal: Zwei private Firmen und die Stadt würden bereits an einem Wärmeplan arbeiten, den er uns zu gegebener Zeit vorstellen werde und den wir dann beschließen könnten.

Aha! Eine Einbindung der Stadtverordneten in die Entwicklung des Wärmeplans ist also nicht vorgesehen. Auch keine Ideen und keine Debatte im Ausschuss. Jetzt liegt der Plan der Firmen Con energy und Edag vor.

Der Niddataler Wärmeplan: **Ein Zeugnis papiergewordener Verweigerung**

Der Bericht zur kommunalen Wärmeplanung ist auf der Homepage der Stadt Niddatal einzusehen. (Vorsicht! Er zeichnet sich durch erschwerte Lesbarkeit aus.) https://www.niddatal.de/pdf/2026-06-15_Fachgutachten_KWP_Niddatal.pdf
Die aufgelisteten Maßnahmen wurden auf ihre Wirksamkeit und auch auf ihre Finanzierbarkeit geprüft.

Die vermuteten Potenziale sind im Einzelnen:

Biomasse und Biogas, Abwärme aus Industrieprozessen und Abwasser, Fluss- und Seethermie, Solarthermie und Photovoltaik, mitteltiefe und oberflächennahe Geothermie. Auch die Errichtung von Wärmenetzen, die Nutzung von Wasserstoff und die Möglichkeiten der Wärmedämmung werden untersucht.
Fazit des Berichts: Keine der untersuchten Maßnahmen wird als realisierbar

dargestellt, weil alles viel zu teuer eingeschätzt wird.

Alle diese Maßnahmen werden verworfen

Fluss- und Abwasserwärmerrückgewinnung (also die Wärmegewinnung aus der Nidda und die Wärmegewinnung am Assenheimer Klärwerk) versprechen zwar Wirtschaftlichkeit. Doch hat man ausgerechnet und irgendwie wissenschaftlich festgestellt (ohne Bürgerbefragung): Es werden sich nur 25% der Anlieger anschließen lassen. Und wenn sowieso 'keiner' mitmacht, ist der Bau einer Nahwärmeleitung zu teuer, ist ja klar...

Für die Geothermienutzung bestehen laut Gutachten keine gesicherten Potenzialflächen. Zwar würden von GeotIS (Geothermal Information System for Germany) Temperaturen von bis zu 100° angegeben, doch das seien nur Schätzungen.

Auf Nachfrage räumte der Referent des Wärmeplaners übrigens ein, von diesen Geothermie-Sachen verstehe er eigentlich nicht viel. Aber ach! Das muss ja wahrscheinlich auch gar nicht sein, wenn man so ein teures Fachgutachten schreibt...

Die schönsten Stellen im Gutachten sind aber die, in denen über die Möglichkeiten der Seethermie und die Nutzung industrieller Abwässer nachgedacht wird. In beiden Fällen wird festgestellt, dass die Nutzung unmöglich sei, weil es in Niddatal weder einen See, noch Industrieanlagen gibt. Die Errichtung von Photovoltaik entlang der Autobahn oberhalb von Limburg hingegen verspricht Wirtschaftlichkeit??!!

Die Textstelle ist zwar im Nachhinein herausgenommen worden, es deutet aber darauf hin, dass Gutachten dieser Art am Fließband erstellt und beim nächsten Kunden einfach nur angepasst werden.

War es die billigste Version, zu einer Wärmeplanung zu kommen, bei der nichts umgesetzt werden muss?

Trotzdem braucht die Stadt ja irgendwie Ziele und es braucht auch Maßnahmen



für das weitere Vorgehen.

Eigenes städtisches Engagement? Fehlanzeige!

Vier Maßnahmen werden im Wärmeplan benannt:

- 1.** Die Wärmeplanung soll weiter entwickelt werden.
- 2.** Bürger, Gewerbetreibende und die Wohnungswirtschaft in Niddatal werden zu Gebäudemodernisierungsmaßnahmen (Dämmung) und zur Nutzung von Wärmepumpen, von Solar- oder Geothermie-Technologien verpflichtet.
- 3.** Die Gebäudeeigentümer

sollen im Sinne des kommunalen Wärmeplans von Schornsteinfegern, Sanitärfirmen und Heizungsbauern beraten werden, damit sie Wärmepumpen einbauen.

- 4.** Es soll ein digitales Service-Angebot zum Thema Wärmepumpen und zur Energiewende in der Stadt geben.

Wir stellen fest:

Die Stadt versucht ihren Auftrag, die Kommune zur Klimaneutralität zu führen, an die Bürger:innen weiterzureichen.

Aber die Bürger:innen müssen nicht modernisieren. Sie dürfen nach dem neuen Gebäudeenergiegesetz weiterhin fossile Heizungs-systeme einbauen.

Außerdem gibt es nicht nur wirtschaftlich gut aufgestellte Bürger:innen und Geschäftsleute!

Haushalte mit geringerem Einkommen werden nicht modernisieren können. Und auch die Mieter:innen nicht.

Die Stadt kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen!

Um den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden, sollte man nicht einfach alles abwiegeln. Stattdessen könnte über **kommunale Energiegenossenschaften nachgedacht werden.**

Nahwärmeleitungen werden nur gemeinschaftlich und mit Hilfe der Stadt errichtet werden können.

Geothermieprojekte sind vermutlich auch wirtschaftlicher, wenn nicht unendlich viele kleine Anlagen nebeneinander entstehen. Genossenschaften können wirtschaftlich erfolgreicher arbeiten.

Doch der große Hemm-

Weiter auf Seite 4

schuh ist: Die Stadt will von genossenschaftlichen und gewirtschaftlichen Lösungen nichts wissen.

Je mehr individuelle Lösungen umgesetzt werden, desto schwieriger wird es, kollektive Lösungen zu verwirklichen.

Und die Klimaneutralität? Ob die mit einer Blockadehaltung der Kommune zu erreichen ist?

Wie geht es weiter?

Mittlerweile ist der Wärmeplan mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen. Die Linke-Fraktion wird weiterhin Anträge und Anfragen stellen. Wir wollen ökologische und wirtschaftliche Lösungen entwickeln, bei denen die Bürger:innen Niddatal mitgehen können. Vielleicht wird der Traum von einer genossenschaftlichen Energieproduktion und der gemeinschaftlichen Versorgung über Nahwärmenetze dann in Niddatal doch noch Wirklichkeit.

Herausgeber:

DIE LINKE. Wetterau

ViSdP.: Mathias Lenz

Niddatal. e-mail:

info@die-linke-wetterau.de

Homepage: www.die-linke-wetterau.de

80 Jahre Hessische Verfassung Komm mit uns feiern!

Die Verfassung, die sich die Hessen am 1. Dezember 1946 per Volksentscheid gaben, enthält neben dem Verbot der Aussperrung, einem Bekenntnis zum Antifaschismus und dem Recht auf Arbeit ein klares Friedensgebot und eine Pflicht zum Widerstand gegen „verfassungswidrig ausgeübte Gewalt“. Sie fordert außerdem die Sozialisierung wichtiger Schlüsselindustrien, antimonopolistische Maßnahmen zur Verhinderung der missbräuchlichen „Machtzusammenballung“ von kapitalistischen Unternehmen, eine Bodenreform und nicht zuletzt ein kostenloses Bildungssystem.

Damit ist die hessische Verfassung ein Produkt des antifaschistischen und antikapitalistischen Neubeginns nach der Befreiung vom Faschismus. Das war eine richtiggehend sozialistische Kampfschrift, die leider wenig Auswirkungen auf die politische Praxis in Regierung, Parlament und Gerichten hatte.

Lasst uns deshalb dieses tolle und wichtige Dokument kurz vor seinem 80. Geburtstag feiern und seine Werte leben!

Die Linke Niddatal lädt zu einem kleinen Verfassungsfest ein: 4. Oktober 2026, 11 Uhr, an der Freigerichtsstätte Niddatal-Kaichen

Dich erwartet ein gemütlicher Nachmittag mit Anekdoten um die Verfassung und Informationen zu ihren Kernthemen. Wir wollen mit Dir beim gemeinsamen Essen ins Gespräch kommen, Gedanken und Ideen austauschen. Ein kleines Verfassungsquiz wird es auch geben! Bring bitte einen Beitrag zum Büffet mit. Teller und Besteck sind vorhanden. Getränke gibt es gegen Spende